

Weiterentwicklung der baden-württembergischen Umweltverwaltung

- Kurzfassung -

Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des
Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Prof. Dr. Jörg Bogumil

Simon Bogumil

Dr. Falk Ebinger

Prof. Dr. Stephan Grohs

Bochum, Speyer, Wien, den 22.08.2016

Ziel der Untersuchung war die Erarbeitung von Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der baden-württembergischen Umweltverwaltung auf allen Ebenen im Rahmen des bestehenden dreistufigen Verwaltungsaufbaus (ohne Änderung von Zuständigkeiten). Dazu bedurfte es einer empirisch validen Situationsanalyse der Vollzugsqualität im Bereich der klassischen Umweltverwaltung (Immissions- und Arbeitsschutz, Wasserwirtschaft, Strahlenschutz, Abfallrecht, Boden und Altlasten, Naturschutz). Hierzu wurde zum einen die Personalsituation der Umweltverwaltung in Baden-Württemberg mit derjenigen in drei weiteren Flächenländern (Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) verglichen und parallel dazu erfolgte eine Erhebung der konkreten Aufgabenerfüllung und Leistungsfähigkeit in den oben genannten Bereichen.

Generell gehört der Umweltbereich in allen Bundesländern zu den Bereichen der Landesverwaltung, die stellenmäßig kaum ins Gewicht fallen (im Vergleich zu den großen Bereichen Schulen, Hochschulen, Polizei, Finanzverwaltung und Gerichtswesen mit insgesamt ca. 82% des Personals). So entsprechen die 2.190 Landesstellen in Baden-Württemberg im Umweltbereich nur *1,04% der Landesbeschäftigten*. Bei der Personalausstattung im Bundesländervergleich zeigte sich unter Einbeziehung des Umweltpersonals auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte, dass bezogen auf die Einwohnerzahl und wesentliche produktionsbedingte Indikatoren (BIP, die Zahl der Betriebsstätten und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten) Baden-Württemberg im Vergleich mit Bayern, Niedersachsen und NRW auf dem letzten Platz liegt. Die Personalausstattung in Bayern ist im Umweltbereich um ca. 30% höher! Im Längsschnittvergleich verfügt Baden-Württemberg heute über 17% weniger Landesstellen als 2006, unter Berücksichtigung des Stellenaufwuchses in neuen Aufgabenbereichen sind es sogar 25%!

Vor diesem Hintergrund überraschen die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen nicht, die Tendenzen einer Mangelverwaltung auf sämtlichen Vollzugsebenen feststellen. Diese sind in den Landratsämtern in tendenziell größerem Ausmaß anzutreffen als in den Regierungspräsidien, was auf eine bessere Ausschöpfung von Skalen- und Verbunderträgen in letzteren zurückzuführen ist. Im Einzelnen konnte eine Priorisierung anlassbezogener Maßnahmen, Vollzugsschwächen und Aufgabenabbau bei freiwilligen Leistungen oder Pflichten, deren Nichterledigung von der Öffentlichkeit nicht direkt wahrgenommen wird, das Fehlen eines strukturierten Wissenstransfers sowie ein hoher Anteil an Arbeitszeit für fachfremde Tätigkeiten nachgewiesen werden. Zudem findet eine Beratung, Hilfe und Anleitung zur Eigenüberwachung kaum statt, wodurch sich für Unternehmen teilweise hohe Gutachtenkosten ergeben. Durch schwierige Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten droht ein Wissensverlust bei dem anstehenden Generationenwechsel und dadurch die Verschärfung der bestehenden Problemlage. Die Ursachen für diese Vollzugsschwächen liegen in den benannten Personal- und Ressourcenmängeln. In der Konsequenz wächst die Heterogenität im Vollzug mit einer wachsenden Rechtsunsicherheit für Bürger und Unternehmer.

Angesichts der empirischen Ergebnisse sind aus der Sicht der Gutachter personelle Verstärkungen im Umweltbereich unabdingbar. Zudem empfehlen die Gutachter Maßnahmen zur Verbesserung der Vollzugsqualität, die Bündelung der Kräfte durch interkommunale Kooperation auf der Ebene der Landratsämter, die Stärkung der konzeptionellen Arbeit im Umweltministerium sowie die Entwicklung eines neuen, über Verwaltungsebenen hinweg gesamtheitlich steuernden Ausbildungs-, Fortbildungs- und Wissensmanagementansatzes.